Probleme bei der Schaffung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Giuseppe Tullio

September 1991

[1]Vortrag an der Universität Trier am 11. Juni 1991

Vorwort

Wenige Entwicklungen in der Europäischen Gemeinschaft würden das tägliche Leben ihrer Bürger so direkt und so nachhaltig beeinflussen wie die Verwirklichung einer [redacted]

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Dieser Vortrag über Probleme der Währungsunion ist in fünf Teile unterteilt:

1. Im ersten Teil möchte ich meine Sicht über das Europäische Währungssystem (EWS) darlegen und erklären, ob es ein Erfolg war oder nicht. Dabei muß man, das ist sehr wichtig, die Interessen der verschiedenen Länder unterscheiden, denn das europäische Währungssystem war für einige Länder nützlicher als für andere.

2. Im zweiten Teil möchte ich darlegen, warum man Fortschritte in Richtung einer Stärkung des Europäischen Währungssystems und der Währungsunion machen muß. Ohne entsprechende Fortschritte riskiert man, alles, was man bis jetzt aufgebaut hat, zu zerstören.

3. Im dritten Teil spreche ich über die Vor- und Nachteile der „adjustable pegs", also über im Prinzip feste Wechselkurse, die man jedoch ab und zu wieder anpassen kann. Die Kenntnis dieser Vorteile und Nachteile ist wichtig, um das System, wie es jetzt ist, zu verstehen.

4. Dann möchte ich ein Land, nämlich Italien, unter die Lupe nehmen und einige Probleme der italienischen Wirtschaft erklären, die auch wichtig sind im Zusammenhang mit der Möglichkeit Italiens, Spaniens, Portugals und Griechenlands, der Währungsunion beizutreten. Diese Länder müssen sich noch stärker anpassen, und daher ist es wichtig, daß ich die Probleme am Beispiel Italiens bespreche.

5. Zuletzt spreche ich über die Vorteile der Währungsunion, also über die Gründe, weshalb ich glaube, daß alle Länder viel von einer Europäischen Währungsunion erwarten können.

Ich unterscheide dabei zwei Formen der Währungsunion:

- eine Währungsunion, in der die Wechselkurse für alle Länder fixiert sind, aber jedes Land seine eigene Währung behält;

- eine Währungsunion, in der dieselbe Währung in allen Ländern zirkuliert.

Ich werde im folgenden nur die zweite dieser beiden Formen als „richtige" Währungsunion ansehen. Dabei glaube ich, daß die Vorteile einer „richtigen" Währungsunion gegenüber dem Festkurssystem mit 12 Währungen relativ groß sind.

In dieser Frage gibt es aber keine Möglichkeit für Beweise, man kann die Vorteile und die Kosten nicht messen. Die eigene Weltanschauung und vor allem, welches Land man im Sinne hat, spielen eine große Rolle.

Sie wissen ja zum Beispiel, daß die deutschen Akademiker im großen und ganzen Angst haben vor einer europäischen Währungsunion. Sie haben Angst, weil sie in Deutschland etwas haben, was sie kennen, nämlich eine Währung, die Deutsche Mark und eine Bank, die Deutsche Bundesbank, und es besteht eine gewisse Angst, sie durch etwas Neues zu ersetzen. Aus diesem Grund ist es wichtig, auch die psychologischen Aspekte in Betracht zu ziehen.

Einleitung

Dieser Vortrag über Probleme der Währungsunion ist in fünf Teile unterteilt:

1. Im ersten Teil möchte ich meine Sicht über das Europäische Währungssystem (EWS) darlegen und erklären, ob es ein Erfolg war oder nicht. Dabei muß man, das ist sehr wichtig, die Interessen der verschiedenen Länder unterscheiden, denn das europäische Währungssystem war für einige Länder nützlicher als für andere.

2. Im zweiten Teil möchte ich darlegen, warum man Fortschritte in Richtung einer Stärkung des Europäischen Währungssystems und der Währungsunion machen muß. Ohne entsprechende Fortschritte riskiert man, alles, was man bis jetzt aufgebaut hat, zu zerstören.

3. Im dritten Teil spreche ich über die Vor- und Nachteile der „adjustable pegs", also über im Prinzip feste Wechselkurse, die man jedoch ab und zu wieder anpassen kann. Die Kenntnis dieser Vorteile und Nachteile ist wichtig, um das System, wie es jetzt ist, zu verstehen.

4. Dann möchte ich ein Land, nämlich Italien, unter die Lupe nehmen und einige Probleme der italienischen Wirtschaft erklären, die auch wichtig sind im Zusammenhang mit der Möglichkeit Italiens, Spaniens, Portugals und Griechenlands, der Währungsunion beizutreten. Diese Länder müssen sich noch stärker anpassen, und daher ist es wichtig, daß ich die Probleme am Beispiel Italiens bespreche.

5. Zuletzt spreche ich über die Vorteile der Währungsunion, also über die Gründe, weshalb ich glaube, daß alle Länder viel von einer Europäischen Währungsunion erwarten können.

Ich unterscheide dabei zwei Formen der Währungsunion:

- eine Währungsunion, in der die Wechselkurse für alle Länder fixiert sind, aber jedes Land seine eigene Währung behält;

- eine Währungsunion, in der dieselbe Währung in allen Ländern zirkuliert.

Ich werde im folgenden nur die zweite dieser beiden Formen als „richtige" Währungsunion ansehen. Dabei glaube ich, daß die Vorteile einer „richtigen" Währungsunion gegenüber dem Festkurssystem mit 12 Währungen relativ groß sind.

In dieser Frage gibt es aber keine Möglichkeit für Beweise, man kann die Vorteile und die Kosten nicht messen. Die eigene Weltanschauung und vor allem, welches Land man im Sinne hat, spielen eine große Rolle.

Sie wissen ja zum Beispiel, daß die deutschen Akademiker im großen und ganzen Angst haben vor einer europäischen Währungsunion. Sie haben Angst, weil sie in Deutschland etwas haben, was sie kennen, nämlich eine Währung, die Deutsche Mark und eine Bank, die Deutsche Bundesbank, und es besteht eine gewisse Angst, sie durch etwas Neues zu ersetzen. Aus diesem Grund ist es wichtig, auch die psychologischen Aspekte in Betracht zu ziehen.

Kapitel 1

Das europäische Währungssystem

1.1 Die Ziele des Europäischen Währungssystems

Was waren die ursprünglichen Ziele des Europäischen Währungssystems? Es waren hauptsächlich zwei:

- eine größere Stabilität der Wechselkurse in Europa zu erreichen und
- eine „Zone of monetary stability" zu schaffen, d.h. ein geographisches Gebiet, in dem die Inflation niedrig ist.

In welcher Hinsicht hat man diese zwei Ziele erreicht? Oder in welcher Hinsicht hat man sie nicht erreicht?

1.2 Die Verwirklichung von Währungsstabilität nach außen

Was die Variabilität der Wechselkurse anbetrifft, so besteht kein Zweifel, daß die Wechselkurse in Europa stabiler geworden sind. Es gibt mehrere Studien und drei Methoden, mit denen man das gemessen hat. Die drei Methoden sind die folgenden:

- Man mißt die Varianz der Wechselkurse während des Europäischen Währungssystems ab März 1979 und vergleicht sie mit der Varianz derselben Währungen vorher. Und das ist klar: Alle Studien, die man gemacht hat, zeigen, daß die Variabilität kleiner geworden ist.

- Dann kann man noch etwas anderes machen: Man kann die Variabilität der bilateralen Wechselkurse, die zum Europäischen Währungssystem gehören, messen und diese mit der Variabilität des Pfundes mit der des $ vergleichen, also zwei Währungen, die nicht im Europäischen Währungssystem waren. Wenn man diese zweite Art von Analyse macht, dann wird auch wiederum klar, daß die Variabilität kleiner geworden ist.

Aber alle diese Studien haben eigentlich ein Problem. Es könnte sein, daß die Variabilität kleiner geworden ist, nicht weil das Europäische Währungssystem da war, sondern weil die Welt nach 1979 stabiler geworden ist. Zum Beispiel könnte es sein, daß ein Leser dieser Studien an die „Monetäre Theorie der Wechselkurse" glaubt, also an die Theorie, die besagt, daß die Wechselkurse hauptsächlich von der relativen Geldmenge bestimmt sind. Dann könnte es sein, daß die Wechselkurse stabiler geworden sind, nur weil die relative Geldmenge sich weniger bewegt hat. Dann ist die Variabilität kleiner geworden, nicht dank des Europäischen Währungssystems, sondern dank der Tatsache, daß die Geldpolitik halt stabiler war. Allerdings kann man dann gegen diesen Einwand wiederum vorbringen, daß die Geldmenge vielleicht sich gerade deswegen stabiler verhalten hat, weil das Europäische Währungssystem da war.

- Auf jeden Fall beachtenswert ist die dritte Methode der Untersuchung, ob sich die Variabilität signifikant vermindert hat, nämlich die Methode der „Conditional Variability". Nach dieser Methode rechnet man die bedingte Variabilität aus in Bezug auf eine bestimmte Theorie der Wechselkurse. Ich will das jetzt genauer erklären.

Ich betrachte jetzt also nicht die Monetäre Theorie der Wechselkurse, sondern eine andere Theorie, die besagt, daß die Wechselkurse von den Terminwechselkursen bestimmt sind, also daß der Terminwechselkurs die beste Prognose des Wechselkurses darstellt (Finanzmarkttheorie). Es gibt ja Wechselkurse der Deutschen Mark mit der Lira usw., die zwar heute quotiert werden, aber für Transaktionen, die beispielsweise erst in drei Monaten stattfinden sollen (forward markets). Diese Theorie besagt nun[1], daß folgender Zusammenhang gilt

$$\ln(S_{t+1}/S_t) = \alpha + \beta \ln(F_t/S_t) + \epsilon_{t+1}$$

Man kann diese Gleichung ökonometrisch testen. Dann erhält man einen Wert $\hat{x} \equiv \ln(\widehat{S_{t+1}/S_t})$ und schaut nach der Differenz $x - \hat{x}$. Das ist die tatsächliche Bewegung des Wechselkurses minus dem, was die Theorie besagt. Und jetzt

[1]Siehe Francesco Giavazzi und Alberto Giovannini: Limiting Exchange Rate Flexibility. The European Monetary System, London, England und Cambridge, Massachusetts: The MIT Press, 1989, S. 46

schaut man, ob sich die Variabilität dieser Differenz vermindert hat. Wenn man nun diese bedingte Variabilität mißt, dann ist es wiederum klar, daß sich die Wechselkurse besser verhalten haben nach der Schaffung des Europäischen Währungssystems.

1.3 Die Verwirklichung von Währungsstabilität nach innen

Es gibt zwei wichtige Theorien in diesem Zusammenhang:

- Die eine Theorie besagt: Das Europäische Währungssystem hat Italien, Frankreich und Belgien geholfen, die Inflation zu vermindern.

- Die andere Theorie besagt dagegen: Schaut mal, was in Ländern außerhalb des Europäischen Währungssystems passiert ist, wie sich die Schweiz, Österreich, wie sich bis vor zwei Jahren England und Schweden, Neuseeland, Australien entwickelt haben. Die Inflation ist dort auch kleiner geworden. Das Europäische Währungssystem selber hat also nichts dazu beigetragen.

Wer hat recht?

Das ist nicht einfach zu entscheiden. Aber man kann hierzu drei Dinge sagen:

1. Die Autoren, die behaupteten, daß das Europäische Währungssystem nichts gebracht hat, um die Inflation in Italien und Frankreich zu verringern, die sind nicht mehr so überzeugt von dem, was sie gesagt haben, weil inzwischen in den letzten zwei Jahren die Inflation in England und Schweden auf über 10% gestiegen ist. Also: zwei Länder, die außerhalb des Europäischen Währungssystems waren und bis vor zwei Jahren ein Beispiel für niedrige Inflation waren, haben die Kontrolle über die Inflation verloren.

2. Betrachtet man dagegen ein Land wie Frankreich, das in seiner Geschichte eine relativ hohe Inflationsneigung hatte, so stellt man fest, daß es jetzt eine Inflationsrate hat, die niedriger ist als die deutsche.

   Es gibt kleine Länder, wie die Schweiz und Österreich, wo die Inflation nicht zum Problem wurde und die nicht formell dem Europäischen Währungssystem angehören - aber sie verhalten sich so, als ob sie ihm angehören würden. Warum gehören sie aber nicht dem EWS an? Das könnte man mit politischen Überlegungen erklären, die sich aus ihrer besonderen Lage ergeben. Jedenfalls sind sie kein gutes Beispiel für Länder,

die die Inflation auch ohne das EWS verringert haben, weil sie eben fast doch Mitglieder sind.

3. Wenn man die Gruppen von Ländern vergleicht, die innerhalb des Europäischen Währungssystems waren, mit denjenigen, die außerhalb des Europäischen Währungssystems waren, dann muß man auch die Tatsache beachten, daß einige Länder, die außerhalb des Systems sind, Rohstoffe produzieren, wie England, Australien, die USA. Und die Preise der Rohstoffe verändern sich im Laufe der Zeit. Beispiel: In der ersten Hälfte der achtziger Jahre sind die Preise der Rohstoffe gestiegen. Jene Länder wie Frankreich und Italien, die viel Rohstoffe importieren und keine produzieren, hatten eine höhere Inflation. Andere Länder wie England erfuhren eine Aufwertung ihrer Wechselkurse, und die Inflation wurde niedriger. Also: man muß bei solchen Ländervergleichen aufpassen, denn die Struktur der Länder ist unterschiedlich.

Die beste Methode, um herauszufinden, ob das Europäische Währungssystem dazu beigetragen hat, die Inflation in Italien und Frankreich zu verringern, ist, mit den Wirtschaftsministern dieser Länder und mit den Zentralbankpräsidenten dieser Länder zu sprechen und die Frage zu stellen: Habt ihr den Druck von außen gespürt, war eure Geldpolitik restriktiver, weil ihr einen Vertrag unterschrieben habt, der euch daran hindert, die Währung eures Landes ohne weiteres abzuwerten? Und die Antwort ist eindeutig: Ja, wir haben den Druck von außen sehr stark gespürt.

Meine Antwort auf die Frage, ob das Europäische Währungssystem Frankreich und Italien geholfen hat, die Inflation zu verringern, ist eindeutig : Ja!

Aber wiederum gibt es auch statistische Methoden, um etwas über die Wirkungen des EWS auszusagen. Sie kennen ja die Quantitätstheorie des Geldes, die besagt, daß die Inflation in einem Land vom Wachstum der Geldmenge abhängt. Auf dieser Grundlage haben einige Autoren[2] die Gleichung getestet:

$$\pi = \dot{M} - \alpha\dot{Y} + \delta DEMS \quad ,$$

wobei πdie Inflationsrate, $\dot{M}$ die Wachstumsrate der Geldmenge, $\dot{Y}$ die Wachstumsrate des realen Bruttosozialproduktes und $DEMS$ eine Dummy-Variable für das Europäische Währungssystem ist. Diese Dummy-Variable ist eine Hilfsvariable, die gleich 1 ist für die Länder, die im Europäischen Währungssystem

[2]Ungerer, H.; Evans, O.; Mayer, T.; Young, P: „The European Monetary System: Recent Developments", IMF Occasional Papers, No.48, Washington D.C., December 1986.

waren. Also: für Frankreich im Jahre 1980 ist diese Zahl gleich 1. Für Frankreich im Jahr 1978 ist sie natürlich 0, weil Frankreich in diesem Jahr nicht im Europäischen Währungssystem war.

Diese Autoren haben die Gleichung gemeinsam (cross-country) auf jährlicher Basis für viele Länder getestet - für Länder, die im EWS sind, und für Länder, die außerhalb des EWS sind, für einige Jahre vorher und nachher. Die Autoren solcher Untersuchungen sagen, daß wenn δ negativ ist und statistisch signifikant, also die t-Statistik größer ist als 2, dann hat das Europäische Währungssystem dazu beigetragen, die Inflation zu verringern. Wenn δ nicht statistisch signifikant wäre, dann hätte das Europäische Währungssystem nicht zur Verringerung der Inflation beigetragen.

Das ist falsch, weil das Europäische Währungssystem hauptsächlich durch die Variable $\dot{M}$ einen Einfluß auf die Inflation hat: dadurch, daß die Geldpolitik durch die festen Wechselkurse beeinflußt wird, wächst die Geldmenge weniger.

Auch wenn wir $\delta = 0$ finden, heißt das nicht, daß das Europäische Währungssystem keinen positiven Einfluß auf die Verringerung der Inflation gehabt hat. Aber wenn δ negativ und signifikant ist, dann kann das doch etwas Wichtiges heißen. Das kann heißen, daß die Länder Kredibilität, also wirtschaftspolitische Glaubwürdigkeit von Deutschland „gekauft" haben. Dadurch, daß man sich an ein Land bindet, das eine Politik niedriger Inflationsraten verfolgt, kann man sich Glaubwürdigkeit verschaffen.

Wenn ein Land sich tatsächlich Glaubwürdigkeit beschaffen könnte, dann könnte man dort die Inflation reduzieren mit weniger Kosten, was die Arbeitslosigkeit angeht. Sie wissen ja, daß man in jedem Land - mit oder ohne Europäisches Währungssystem - die Inflation immer verringern kann, nur verursacht das Kosten. Für eine Zeitlang, das wissen Sie von der Phillipskurve, wächst dann nämlich die Arbeitslosigkeit. Das Problem der Regierungen ist es nun, die Inflation zu verringern mit möglichst geringer Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Wenn man bei der Inflationsbekämpfung Glaubwürdigkeit kaufen kann, und die Menschen glauben, daß die Inflation schnell sinkt, wird auch die Arbeitslosigkeit weniger steigen. Das kann man ganz einfach graphisch darstellen (Siehe Abbildung 1.1).

Nehmen wir an, daß ein Land Glaubwürdigkeit importiert. Wenn die Inflation zu Anfang hoch ist, zum Beispiel 10%, dann wäre ohne das Europäische Währungssystem die Arbeitslosigkeit erst einmal relativ stark gestiegen, wenn das Land eine restriktive Geldpolitik anfängt. Erst nach einer bestimmten Zeit fängt die Arbeitslosigkeit an, wieder zurückzugehen, weil sich dann die kurzfristige Phillipskurve allmählich verlagert.

Mit dem Kauf von Glaubwürdigkeit vom Ausland bewegt sich die kurzfristige Phillipskurve schneller, und dann ist es möglich, daß die Wirtschaft sich so verhält, daß die Arbeitslosigkeit weniger steigt. Wenn δ negativ und stati-

die die Inflation auch ohne das EWS verringert haben, weil sie eben fast doch Mitglieder sind.

3. Wenn man die Gruppen von Ländern vergleicht, die innerhalb des Europäischen Währungssystems waren, mit denjenigen, die außerhalb des Europäischen Währungssystems waren, dann muß man auch die Tatsache beachten, daß einige Länder, die außerhalb des Systems sind, Rohstoffe produzieren, wie England, Australien, die USA. Und die Preise der Rohstoffe verändern sich im Laufe der Zeit. Beispiel: In der ersten Hälfte der achtziger Jahre sind die Preise der Rohstoffe gestiegen. Jene Länder wie Frankreich und Italien, die viel Rohstoffe importieren und keine produzieren, hatten eine höhere Inflation. Andere Länder wie England erfuhren eine Aufwertung ihrer Wechselkurse, und die Inflation wurde niedriger. Also: man muß bei solchen Ländervergleichen aufpassen, denn die Struktur der Länder ist unterschiedlich.

Die beste Methode, um herauszufinden, ob das Europäische Währungssystem dazu beigetragen hat, die Inflation in Italien und Frankreich zu verringern, ist, mit den Wirtschaftsministern dieser Länder und mit den Zentralbankpräsidenten dieser Länder zu sprechen und die Frage zu stellen: Habt ihr den Druck von außen gespürt, war eure Geldpolitik restriktiver, weil ihr einen Vertrag unterschrieben habt, der euch daran hindert, die Währung eures Landes ohne weiteres abzuwerten? Und die Antwort ist eindeutig: Ja, wir haben den Druck von außen sehr stark gespürt.

Meine Antwort auf die Frage, ob das Europäische Währungssystem Frankreich und Italien geholfen hat, die Inflation zu verringern, ist eindeutig : Ja!

Aber wiederum gibt es auch statistische Methoden, um etwas über die Wirkungen des EWS auszusagen. Sie kennen ja die Quantitätstheorie des Geldes, die besagt, daß die Inflation in einem Land vom Wachstum der Geldmenge abhängt. Auf dieser Grundlage haben einige Autoren[2] die Gleichung getestet:

$$\pi = \dot{M} - \alpha\dot{Y} + \delta DEMS \quad ,$$

wobei πdie Inflationsrate, $\dot{M}$ die Wachstumsrate der Geldmenge, $\dot{Y}$ die Wachstumsrate des realen Bruttosozialproduktes und $DEMS$ eine Dummy-Variable für das Europäische Währungssystem ist. Diese Dummy-Variable ist eine Hilfsvariable, die gleich 1 ist für die Länder, die im Europäischen Währungssystem

[2]Ungerer, H.; Evans, O.; Mayer, T.; Young, P: „The European Monetary System: Recent Developments", IMF Occasional Papers, No.48, Washington D.C., December 1986.

waren. Also: für Frankreich im Jahre 1980 ist diese Zahl gleich 1. Für Frankreich im Jahr 1978 ist sie natürlich 0, weil Frankreich in diesem Jahr nicht im Europäischen Währungssystem war.

Diese Autoren haben die Gleichung gemeinsam (cross-country) auf jährlicher Basis für viele Länder getestet - für Länder, die im EWS sind, und für Länder, die außerhalb des EWS sind, für einige Jahre vorher und nachher. Die Autoren solcher Untersuchungen sagen, daß wenn δ negativ ist und statistisch signifikant, also die t-Statistik größer ist als 2, dann hat das Europäische Währungssystem dazu beigetragen, die Inflation zu verringern. Wenn δ nicht statistisch signifikant wäre, dann hätte das Europäische Währungssystem nicht zur Verringerung der Inflation beigetragen.

Das ist falsch, weil das Europäische Währungssystem hauptsächlich durch die Variable $\dot{M}$ einen Einfluß auf die Inflation hat: dadurch, daß die Geldpolitik durch die festen Wechselkurse beeinflußt wird, wächst die Geldmenge weniger.

Auch wenn wir $\delta = 0$ finden, heißt das nicht, daß das Europäische Währungssystem keinen positiven Einfluß auf die Verringerung der Inflation gehabt hat. Aber wenn δ negativ und signifikant ist, dann kann das doch etwas Wichtiges heißen. Das kann heißen, daß die Länder Kredibilität, also wirtschaftspolitische Glaubwürdigkeit von Deutschland „gekauft" haben. Dadurch, daß man sich an ein Land bindet, das eine Politik niedriger Inflationsraten verfolgt, kann man sich Glaubwürdigkeit verschaffen.

Wenn ein Land sich tatsächlich Glaubwürdigkeit beschaffen könnte, dann könnte man dort die Inflation reduzieren mit weniger Kosten, was die Arbeitslosigkeit angeht. Sie wissen ja, daß man in jedem Land - mit oder ohne Europäisches Währungssystem - die Inflation immer verringern kann, nur verursacht das Kosten. Für eine Zeitlang, das wissen Sie von der Phillipskurve, wächst dann nämlich die Arbeitslosigkeit. Das Problem der Regierungen ist es nun, die Inflation zu verringern mit möglichst geringer Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Wenn man bei der Inflationsbekämpfung Glaubwürdigkeit kaufen kann, und die Menschen glauben, daß die Inflation schnell sinkt, wird auch die Arbeitslosigkeit weniger steigen. Das kann man ganz einfach graphisch darstellen (Siehe Abbildung 1.1).

Nehmen wir an, daß ein Land Glaubwürdigkeit importiert. Wenn die Inflation zu Anfang hoch ist, zum Beispiel 10%, dann wäre ohne das Europäische Währungssystem die Arbeitslosigkeit erst einmal relativ stark gestiegen, wenn das Land eine restriktive Geldpolitik anfängt. Erst nach einer bestimmten Zeit fängt die Arbeitslosigkeit an, wieder zurückzugehen, weil sich dann die kurzfristige Phillipskurve allmählich verlagert.

Mit dem Kauf von Glaubwürdigkeit vom Ausland bewegt sich die kurzfristige Phillipskurve schneller, und dann ist es möglich, daß die Wirtschaft sich so verhält, daß die Arbeitslosigkeit weniger steigt. Wenn δ negativ und stati-

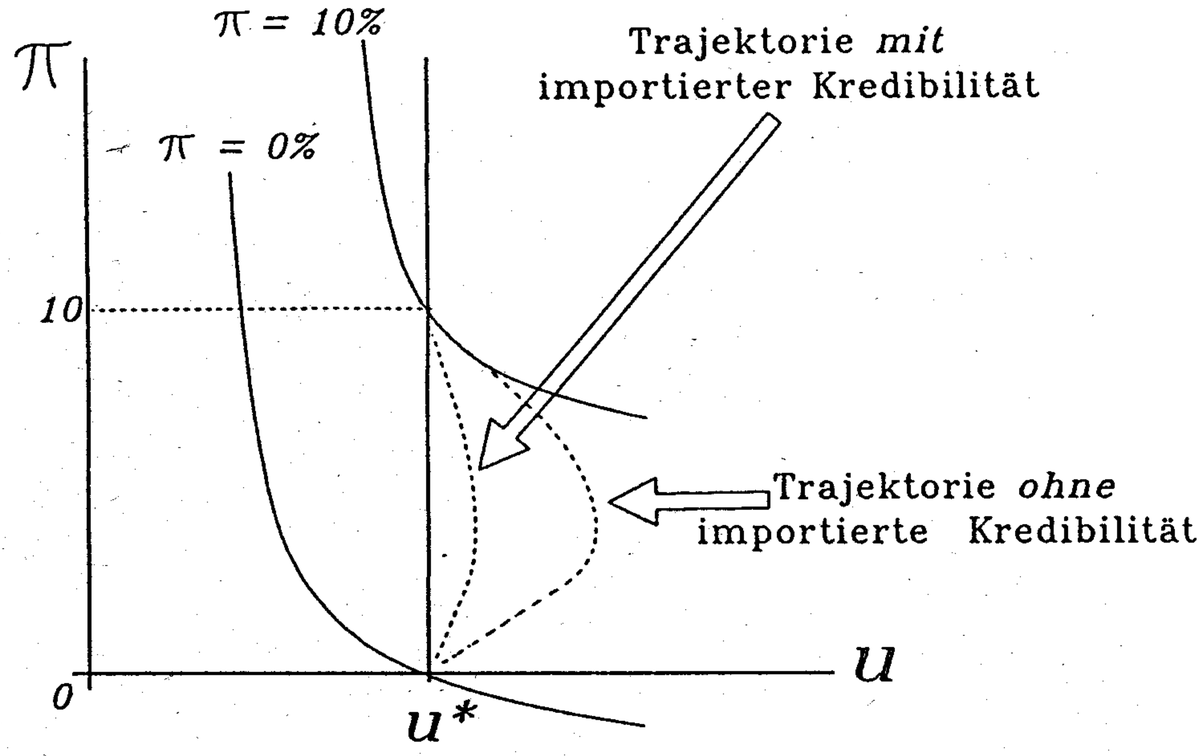


Abbildung 1.1: **Die Auswirkung importierter Kredibilität auf die Lage der kurzfristigen Phillipskurve**

stisch signifikant ist, dann heißt das, daß wahrscheinlich die Länder mit hoher Inflationsrate mit Hilfe des EWS die Inflation mit weniger Kosten reduzieren könnten.

Ich fasse zusammen: $\delta = 0$ heißt nicht, daß das Europäische Währungssystem nicht eine wichtige Rolle gespielt hat für Frankreich und Italien. $\delta =$ *negativ* kann heißen, daß Frankreich und Italien Glaubwürdigkeit von Deutschland gekauft haben.

1.4 Nationale Interessen in der Beurteilung des EWS

1.4.1 Deutschland

Was hat eigentlich Deutschland gewonnen durch das Europäische Währungssystem? Die Antwort auf diese Frage ist sehr wichtig, um zu verstehen, warum oder ob Deutschland auch ein Interesse hat, das Europäische Währungssystem zu bewahren oder zu verbessern. Die Antwort auf diese Frage ist sehr wichtig, um zu verstehen, warum oder ob Deutschland auch ein Interesse hat, das Europäische Währungssystem zu bewahren oder zu verbessern.

1. Deutschland hat zum ersten eine geringere Variabilität der Wechselkurse gewonnen. Das ist wichtiger, als man glauben könnte.

   Ich vergleiche Deutschland nach 1979 gerne mit Japan nach 1979. Japan ist wie ein Flugzeugträger ohne Begleitschiffe, die es schützen. Warum? Wenn sich der US-Dollar abwertet, dann wertet sich der Yen auf, und zwar um sehr viel. Was wichtig ist für die Handelsströme, ist die „effective exchange rate". Also eine 40%ige Abwertung des Dollar heißt eine fast 40%ige Aufwertung des Yen, weil keine Länder um Japan sind, deren Währungen dem Yen nach oben folgen. Wenn wir dagegen Deutschland in den 80er Jahren betrachten, dann stellen wir fest, daß bei einer Abwertung des US-Dollars um 40 % dank des Europäischen Währungssystems sich die Währungen von Frankreich, Italien, Belgien, Holland gemeinsam mit der Deutschen Mark ebenfalls aufwerten. Das bedeutet, daß der Durchschnitt der Wechselkurse der Deutschen Mark sich relativ wenig aufwertet, und deswegen verliert Deutschland relativ wenig an Wettbewerbsfähigkeit. Diese Tatsache, daß sich die Währungen von Holland, Frankreich, Italien und Belgien usw. mit der Deutschen Mark bewegen, schützt die deutsche Wettbewerbsfähigkeit und die deutsche Industrie. Das ist ein sehr großer Vorteil. Das macht auch die Wirtschaft stabiler im Sinne, daß die Zyklen der Wirtschaft kleiner sind. Japan hat immer unter diesem Problem gelitten. Es ist in diesem Sinne, daß ich die Analogie verwende, Deutschland sei ein Flugzeugträger mit vielen Schiffen, die es schützen.

2. Deutschland hat an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen; dies ist dadurch zustande gekommen, daß bei den Abwertungen der Lira und des Französischen Franc die Abwertung immer geringer war, als die kumulierte Inflation seit der vorherigen Abwertung. Die Lira und der Französiche Franc wurden ständig weniger abgewertet, als es von der kumulierten Inflation her gerechtfertigt war. Italien und Frankreich haben infolgedessen

an Wettbewerbsfähigkeit verloren, Deutschland hat hingegen an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Das war gut für die deutsche Leistungsbilanz, die vor der Wiedervereinigung Deutschlands einen Überschuß von fast 4% des Bruttosozialproduktes hatte. Das war auch gut für Deutschland. Deutschland hat hohe Überschüsse immer gewollt, und dies war besonders gut in Hinblick auf die Tatsache, daß die Wiedervereinigung zustande kam. Denn in etwas mehr als einem Jahr seit dem Fall der Mauer hat Deutschland diesen Leistungsbilanzüberschuß aufgebraucht. Sie können sich leicht vorstellen, was mit der Deutschen Mark passiert wäre, wenn beim Fall der Mauer Westdeutschland keinen großen Überschuß gehabt hätte. Es wäre wirklich ein großes Problem geworden.

3. Deutschland hat eine größere Stabilität der Partnerländer gewonnen. Es ist wichtig für Deutschland, daß die Wirtschaften der Partnerländer stabiler sind.

Was hat Deutschland verloren?

Deutschland hatte wahrscheinlich eine höhere Inflation, als es sie sonst gehabt hätte. Warum? Ab Januar 1987 hat es keine generelle Veränderung der Wechselkurse der zentralen Paritäten mehr gegeben. D.h., weil die Inflation in den anderen Ländern höher war, hat Deutschland Inflation importiert. Deswegen ist die Inflation in Deutschland höher gewesen, als sie sonst gewesen wäre.

1.4.2 Italien

Was hat Italien gewonnen oder verloren?

1. Italien hat Glaubwürdigkeit gewonnen und hat deswegen die Inflation schneller und wahrscheinlich mit weniger Kosten verringern können.

2. Italien hat eine höhere Stabilität der Wechselkurse gehabt, was auch wichtig ist.

3. Vor allem hat Italien mehr Druck gehabt von außen, die Geldpolitik restriktiver zu machen und seit einigen Jahren auch, seine Finanz- oder Fiskalpolitik restriktiver zu machen. Das ist sehr wichtig. Italien hat große Defizite der öffentlichen Haushalte, große Staatsausgaben und ein gewisser Druck von außen ist auch dafür gut. Das bringt Disziplin!

Was waren die Kosten für Italien?

Die größten Kosten waren der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Ich habe

Ihnen gesagt, daß bei jeder Wechselkursanpassung Italien und Frankreich weniger abwerten konnten, als es den kumulierten Inflationsdifferenzen gegenüber Deutschland zwischen der vorhergehenden Abwertung und der Abwertung, von der wir reden, entsprochen hätte. Wenn die Inflationsrate zwischen zwei Abwertungen in Italien, sagen wir mal, 15% gewesen ist und in Deutschland 6%, dann sollte der Wechselkurs um 9% abgewertet werden. Was aber normalerweiser geschah, war, daß die Italiener zwar 9% verlangten und sagten: schaut mal, wir haben soviel Inflation mehr gehabt als ihr, also möchten wir 9% Abwertung, um die Wettbewerbsfähigkeit wieder auf das ursprüngliche Niveau zu bringen. Aber sie haben immer nur 6%, 5%, oder 4% bekommen, also viel weniger. D.h. sie haben Wettbewerbsfähigkeit verloren.

Also kann man sagen, daß im großen und ganzen das Europäische Währungssystem für alle Länder nützlich war, und niemand hat jetzt Interesse daran, das bestehende System aufzugeben.

Kapitel 2

Warum können die Dinge nicht so bleiben, wie sie sind?

2.1 Auswirkungen der bevorstehenden Verwirklichung des Finanzbinnenmarktes

Ein wichtiger Bestandteil des Binnenmarktes ist die Integration der finanziellen Märkte, also der Banksysteme, der Finanzsysteme. Ich erwarte davon einen sehr großen Vorteil für alle Länder, aber vor allem für die Länder von Südeuropa, wo die Banksysteme relativ ineffizient sind. Das ist ein wichtiger Bestandteil des gegenwärtigen Binnenmarktprogramms. Wenn man die Finanzsysteme integrieren will, muß man zwei Dinge machen:

- Man muß die Kapitalverkehrskontrollen abschaffen. Die südeuropäischen Länder haben immer Kapitalverkehrskontrollen gehabt in den 70er und 80er Jahren, nicht Deutschland, aber England hat sie gehabt, Italien bis letztes Jahr, Frankreich bis vor zwei Jahren.

- Man muß die Niederlassung ausländischer Banken und Kreditinstitute gestatten, also Italien muß es erlauben, daß deutsche Kreditinstitute nach Italien können, die Deutschen müssen es erlauben, daß italienische Banken nach Deutschland kommen usw.

Das sind zwei wichtige Bestandteile bei der Verwirklichung eines Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen in Europa. Ohne Kapitalverkehrskontrollen kann aber immer die Gefahr bestehen, daß sich eine große Menge Geld von einem Land zum anderen bewegt und die Geldpolitik stört und die Stabilität der Wechselkurse in Schwierigkeiten bringt.

Dies ist eine große Gefahr vor allem *vor* Wahlen, wenn die Investoren Angst haben, daß sich die Regierung nach links bewegt oder höhere Steuern beschließt. Auch *nach* Wahlen, wenn die Resultate anders sind als erwartet. Das ist sehr gefährlich, und es kann immer passieren, daß die Situation außer Kontrolle gerät. Deswegen haben viele Länder Angst vor einem System, das so bleibt, wie es jetzt ist. Sie wollen deshalb schnell zu einer größeren Koordinierung der Geldpolitik kommen, zu einer größeren Koordinierung der Zinspolitik und zu einer einzigen Währung, die spekulative Kapitalbewegungen einfach ausschaltet, denn mit einer einzigen Währung sind spekulative Kapitalbewegungen nicht mehr möglich. Zwischen Bayern und Frankfurt sind spekulative Kapitalbewegungen gar nicht mehr möglich.

2.2 Der zunehmende monetäre Inflationszusammenhang im EWS

Aber es gibt auch einen anderen Grund, warum man sich schnell bewegen muß. Der Grund ist der folgende: Seit Januar 1987 ist das Europäische Währungssystem ein System fast fester Wechselkurse geworden. Es hat nur eine Abwertung gegeben. Und wenn man keine Erwartungen von Abwertungen mehr hat, da die Zinssätze in Frankreich und Italien höher sind, dann besteht eine Tendenz, daß das Kapital von Deutschland in diesen Ländern wandert. Wenn man in Italien 11% verdient und in Deutschland nur 8% und man keine Angst hat, daß sich die Wechselkurse abwerten, dann ist es besser, in Italien zu investieren, dann verdient man 3% mehr.

Wenn also das Risiko der Abwertung klein ist und sich durch komplizierte Mechanismen, die ich nicht erklären möchte, wenn sich das Kapital von Deutschland nach Italien und Frankreich bewegt, dann wächst die Europäische Geldmenge stärker als ohne diese Kapitalbewegungen.

Das hat mit Sterilisationspolitik zu tun. Die Deutschen haben ein Geldmengenziel, und sie halten das ziemlich streng. Die Italiener und Franzosen haben weniger strenge Geldmengenziele, also sie sterilisieren nicht hundertprozentig die Zuflüsse von Reserven und Kapital, d.h. daß die Geldmenge in Frankreich und Italien schneller wächst. Ich glaube, daß in einem integrierten Kapitalmarkt die europäische Geldmenge langsam wichtiger wird, als sie vorher war, d.h. je mehr das Finanzsystem integriert ist, umso eher könnte es sein, daß die Inflation in Deutschland immer weniger von der deutschen Geldmenge und immer mehr von der europäischen Geldmenge beeinflußt wird. Das ist wiederum mit dem verbunden, was ich vorher gesagt habe, daß Deutschland Inflation importiert, wenn die Wechselkurse fest bleiben und die Preise im Ausland mehr wachsen. Das sind zwei Aspekte desselben Problems: einmal vom monetären Standpunkt aus gesehen und ein anderes Mal vom Standpunkt der Güterimporte.

Übrigens ist das Problem der Inflation in Deutschland seit 1990 wichtiger geworden als vorher. Sie wissen ja, daß die Erwartungen über die zukünftige Inflationsrate auf 4% steigen sind. Das ist das erste Mal in vielen Jahren, daß die Inflation in Frankreich, Holland, Belgien, vielleicht auch in Irland niedriger sein wird als in Deutschland. Folglich wird die Rolle, die Deutschland im Europäischen Währungssystem bis jetzt gespielt hat, und zwar die Rolle des Dirigenten des Orchesters, weniger wichtig. Diese Rolle ist gefährdet. Sie wissen ja auch, warum jetzt die Inflation in Deutschland so steigt: Das ist die innerdeutsche Währungsunion; die westdeutsche Wirtschaft war in vollem Schwung bis vor kurzem, das erhöht auch die Inflation und vor allem jetzt kommen die Steuererhöhungen in Betracht. Man schätzt, daß diese Steuererhöhungen fast einen Punkt zur Inflation hinzufügen in diesem Jahr.

2.3 Die Notwendigkeit eines neuen Stabilitätsankers

Deutschland riskiert, seine bisherige währungspolitische Rolle zu verlieren, und dann hat das ganze Europäische Währungssystem keinen Anker mehr. Man muß also einen neuen Stabilitätsanker schaffen. Solch ein neuer Anker könnte die neue Europäische Zentralbank sein und/oder eine gemeinsame Europäische Geldpolitik.

Kapitel 3

Vor- und Nachteile der Anpaßbarkeit von Wechselkursen

3.1 Reale Schocks und der Vorteil von Wechselkursanpassungen

Der besondere Vorteil, den veränderliche Wechselkurse bieten können, ergibt sich, wenn ein exogener Schock zwei Länder trifft, sie aber nicht symmetrisch trifft, z.B. ein Ölschock, der Italien und England trifft. England produziert Öl, Italien nicht. Die Struktur der zwei Volkswirtschaften ist unterschiedlich. Dann ist es logisch, und es kann der Anpassung der zwei Volkswirtschaften helfen, wenn man im Falle eines solchen Schocks die Lira abwertet und das Pfund aufwertet. Dieser besondere Vorteil, die Wechselkurse zu ändern, ergibt sich also im Falle von asymmetrischen exogenen Schocks. Aber diesen Vorteil hat man nicht mehr so nötig wie in der Vergangenheit, weil die Struktur unserer Volkswirtschaften immer ähnlicher wird und jetzt schon sehr ähnlich ist.

Deswegen werde ich zwar nicht gerade böse, aber es stört mich ein bißchen, wenn die innerdeutsche Währungsunion mit der Europäischen Währungsunion verglichen wird. Da gibt es gar nichts zu vergleichen. Die westdeutsche Wirtschaft ist z.B. der italienischen und der französischen Wirtschaft viel ähnlicher als die westdeutsche verglichen mit der ostdeutschen. Das ist also absolut kein Vergleich. Die Verschiedenheiten sind im innerdeutschen Fall viel größer, deshalb darf man gar nicht diese Vergleiche machen.

3.2 Nachteile der Anpaßbarkeit von Wechselkursen

Das Europäische Währungssystem hat sich also in ein System fester Wechselkurse entwickelt, aber weil die *Möglichkeit* immer noch besteht, diese Wechselkurse zu verändern, haben wir zwei Folgen, die negativ sind:

3.2.1 Die erwartungsbedingte Störung von Kapital- und Arbeitsmärkten

Die Leute sind nicht überzeugt, daß man den französischen Franc oder die italienische Lira nicht wieder abwerten wird. Die Zinssätze sind höher in diesen Ländern, weil die Regierung sich die Möglichkeit vorbehalten hat, die Wechselkurse zu ändern. Die Lohnentwicklungen sind ebenfalls höher, als sie es bei einer gemeinsamen Währung wären. Wir haben im EWS derzeit auf die Vorteile der Möglichkeit veränderlicher Wechselkurse verzichtet, wir haben aber noch alle Nachteile der Existenz dieser Möglichkeit. Daß die Zinssätze höher und die Lohnentwicklungen höher sind, ist Ausdruck dafür, daß die Finanzmärkte und die Arbeitsmärkte sich noch nicht angepaßt haben.

Die Länder zahlen beträchtliche Kosten für die Möglichkeit der Änderung der Wechselkurse. Wenn beispielsweise in Italien die Zinssätze um zwei Prozent höher sind als sie es sonst wären, weil die italienische Regierung die Möglichkeit der Änderung der Wechselkurse beibehalten will, dann zahlt der italienische Staat jedes Jahr ungefähr zwei Punkte mehr des Bruttosozialproduktes, weil die Staatsschulden so hoch sind. Wenn aber die Zinsen auf 9% zurückgehen, dann würde das italienische Defizit von 11 auf 9% zurückgehen. Die Kosten für die Möglichkeit der Wechselkursanpassung sind also unheimlich hoch. Auch die mangelnde Anpassung bei der Lohnentwicklung hat negative Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit.

3.2.2 Der vermeintliche Vorteil einer nationalen „Inflationssteuer“

Einige sagen, daß noch ein weiterer Vorteil besteht, wenn die Wechselkurse anpassungsfähig sind: man könne dann nämlich die Einkommen aus der Inflationssteuer erhöhen.

Wissen Sie alle, was die Einkommen aus der Inflationssteuer sind? Die Staaten können sich dadurch finanzieren, indem sie Geld schaffen - ganz einfach. Die Regierungen finanzieren sich normalerweise durch Steuern, die vom Parlament verabschiedet werden. Aber es gibt auch eine versteckte Möglichkeit, sich zu finanzieren, nämlich durch die Geldschaffung, und einige sagen, daß sich Länder wie Griechenland, Spanien und Italien auch durch die Inflationssteuer finanzieren müssen, denn die Defizite ihrer Staatshaushalte sind zu groß. Dann müssen die Wechselkurse anpassungsfähig bleiben, denn nur wenn man die Wechselkurse anpassen kann, kann die Inflation langfristig in Italien höher sein als in Deutschland.

Aber das ist ein Argument, das nach meiner Ansicht keinen Sinn hat, weil ohnehin die Einkommen aus der Inflationssteuer so gering sind, daß sie keine Rolle mehr spielen. Z.B. waren sie vor zwei Jahren in Italien nur 0,2% des Bruttosozialproduktes. Das ist nicht der Rede wert.

Man kann zudem nicht nur die Einkommen aus der Inflationssteuer in Betracht ziehen, man muß auch die Kosten der Inflation selber berücksichtigen. Man muß auch in Betracht ziehen, daß, wenn ein Staat mehr Einkommen aus der Inflationssteuer will, auch die realen Zinssätze steigen können, weil die Risikoprämien auf die Zinssätze steigen.

Man kann also nicht nur die Vorteile der höheren Inflation sehen, man muß auch die Nachteile sehen, und im großen und ganzen spielt das Thema „Inflationssteuer“ keine Rolle. Ich sage das, weil so viele Arbeiten darüber geschrieben worden sind - 5, 6, 7 Arbeiten - , und ich würde Ihnen anraten, sie gar nicht zu lesen. Zudem ist es sehr gefährlich, die Inflation zu „institutionalisieren“, was in den Ländern Südeuropas sicher passieren würde, wenn der gesunde Druck von außen wegfällt. Dieser Druck von außen ist auch wichtig, um die Defizite und die Staatsausgaben zu reduzieren.

Kapitel 4

Wirtschaftspolitik in einer Währungs- und Wirtschaftsunion: das Beispiel Italien

4.1 Unbegründete ausländische Befürchtungen

Bezüglich einer Europäischen Währungsunion sind die Deutschen sehr in Sorge; sie sagen folgendes: Ich kann doch nicht eine Währungsunion eingehen mit einem Land, in dem die Staatsschulden über 100% des Bruttosozialproduktes sind, in dem die Defizite der öffentlichen Hand 11% des Bruttosozialproduktes sind, in dem die Inflation immer noch drei Punkte höher ist als in Deutschland. Die Italiener müssen erst ihr Haus in Ordnung bringen, bevor wir eine Währungsunion mit ihnen eingehen.

Aus solchen Äußerungen spricht die Angst, daß es negative Wirkungen der hohen italienischen Defizite auf die deutschen Kapitalmärkte gibt. Wenn Italien viel Geld braucht in einer Währungsunion, in der nur eine Währung existiert, wird es relativ leicht sein für Italien, sich in Deutschland zu finanzieren, und deswegen müssen wir die Hände Italiens irgendwie binden.

Eine zweite negative Wirkung kommt dadurch zustande, daß die Zinssätze in ganz Europa ein bißchen höher sein werden. Wenn sich ein großer Staat im Ausland finanziert, dann steigen die Zinssätze und dann steigt auch der Außenwert der Währung. Wenn wir eine gemeinsame Währung haben, dann wird sie aufgewertet und dann wird die Wettbewerbsfähigkeit der ganzen Europäischen Gemeinschaft gegenüber Amerika und Japan sinken; das sind wiederum

negative Wirkungen.

Ich glaube nicht, daß diese negativen Wirkungen auf das Ausland, obwohl sie existieren, besonders groß sind. Warum? Ein Defizit von 10-11% des italienischen Bruttosozialprodukts ist nur 1,5% des Bruttosozialprodukts der ganzen Gemeinschaft, und das ist relativ wenig. Ich glaube kaum, daß um 1,5% höhere oder niedrigere Defizite im allgemeinen einen großen Einfluß auf Zinssätze und Wechselkurse haben.

4.2 Positive Aspekte ausländischen Drucks auf Italiens Wirtschaftspolitik

Aber trotzdem bin ich sehr froh, wenn die deutsche Regierung, die Bundesbank und die Europäische Gemeinschaft Druck auf Italien ausüben, um diese Ungleichgewichte zu beseitigen und zwar aus einem anderen Grund, nämlich diesem: daß das Wachstum der italienischen Wirtschaft durch diese Ungleichgewichte sehr stark beeinträchtigt ist. Die italienische Wirtschaft ist in den letzten zehn Jahren ungefähr um 2% gewachsen (BSP/pro Kopf), ebenso wie die deutsche.

Ich glaube, daß Italien viel mehr gewachsen wäre, wenn diese Ungleichgewichte sich nicht aufgebaut hätten, und deswegen bin ich für ihre Beseitigung, aber aus einem anderen Grund. Übrigens ist das Bruttosozialprodukt Italiens pro Kopf ungefähr 70% des Deutschen, also 30% weniger, und ich glaube, Italien müßte deswegen stärker wachsen als Deutschland, um Deutschland einzuholen. Es gibt Theorien der Wirtschaftsentwicklung, die das besagen.

Der Transfer von Technologie müßte es früher oder später zustande bringen, daß die Bruttosozialprodukte pro Kopf ähnlicher werden. Aber Italien hat in den letzten zehn Jahren gar kein „catching up" gemacht, es hat Deutschland wirtschaftlich nicht eingeholt.

Warum?
Weil

- die Staatsschulden zu hoch,
- die Steuern zu hoch,
- die Ausgaben des Staates zu hoch und zu schlecht

sind.

4.3 Probleme italienischer Wirtschaftspolitik im einzelnen

Die negativen Wirkungen der Schulden, der Steuern und der Ausgaben wirken sich auf vier Ebenen aus. Ich will sie nur kurz erwähnen:

1. Die hohen Defizite erhöhen in einem Lande die Zinssätze und, wenn die Investitionen negativ von den Zinssätzen abhängen, dann ist das Investitionsvolumen im Lande auch kleiner. Sie wissen ja, daß für das Wachstum der Wirtschaft auf lange Frist die Investitionen, also der Kapitalaufbau, sehr wichtig sind.

2. Wenn der Staat viel Geld ausgibt, nur um Löhne zu zahlen, nur um Arbeitslosengeld zu zahlen, also nicht um zu investieren, dann wächst der Konsum in der Wirtschaft. Der private Verbrauch ist dann viel höher, als er es sonst gewesen wäre. Es ist somit weniger Ersparnis da, um Kapital aufzubauen. Wir haben auch ökonometrisch nachgewiesen, daß die Schulden und Staatsausgaben den Konsum in Italien erhöhen (Micossi und Tullio, 1991).

3. Hohe Einkommenssteuern haben einen positiven Einfluß auf die Lohnentwicklung. Je höher die Steuer ist, desto höhere Lohnsteigerungen wollen die Arbeiter, weil sie an den Nettolöhnen interessiert sind, also an ihren Löhnen, nachdem sie die Steuer bezahlt haben. Und das ist vor allem der Fall, wenn die Qualität der Staatsausgaben nicht gut ist, wenn z.B. die Spitäler oder die Post nicht gut funktionieren, dann ist der Arbeiter nicht bereit, mehr direkte Steuern zu zahlen für etwas, was nicht funktioniert. Dann ist er mehr interessiert an dem Nettoeinkommen. Je schlechter die Qualität der Dienstleistungen des Staates, desto stärker wachsen die Löhne, wenn die Steuern steigen. Wenn die Qualität der Spitäler, der Post und der öffentlichen Dienstleistungen im allgemeinen sehr gut ist, dann gibt es weniger Steuerüberwälzungen. Wir haben nachgewiesen, daß in Italien die direkten Einkommenssteuern 100%ig überwälzt werden. Aber das ist eigentlich nicht erstaunlich, weil die Qualität der italienischen Staatsausgaben sehr niedrig ist. So braucht z.B. ein Brief von Rom bis nach Süditalien im Durchschnitt 6,7 Tage und von Süditalien nach Rom 9,3 Tage. Die Leute haben also durchaus Grund sich vorzustellen, daß sie für etwas zahlen, bei dem nichts herauskommt. Deswegen wollen die Arbeiter Lohnerhöhungen, wenn die Steuern steigen. Wenn aber die Arbeitsnachfrage der privaten Industrie negativ von den realen Arbeitskosten abhängt, dann steigt damit die

Tabelle 1: Die Finanzen des öffentlichen Sektors in Italien
(In Prozent des Bruttosozialprodukts)

	1960	1970	1980	1990
Expenditure				
Total	30.7	33.7	42.2	52.3
Current	26.4	29.4	37.9	48.1
- wages	8.9	9.8	11.0	12.6
- soc. security	9.8	12.0	14.1	18.0
- transf. enterprises	1.4	1.6	2.9	2.2
- interest payments	1.6	1.6	5.3	9.7
Revenues				
Total	29.8	30.0	33.7	42.7
- direct taxes	5.3	5.1	9.6	14.5
- indirect taxes	12.1	10.4	8.6	10.6
- soc. sec. contrib.	9.8	11.3	12.8	14.5
Total balance	-0.9	-3.7	-8.5	-11.5
- bal. net of interest	0.7	-2.1	-3.2	-1.9
Current balance	3.0	0.1	-4.5	-7.3
- net of interest	4.6	1.7	0.8	2.3
Government debt	31.0	35.0	53.6	100.7
---				
per memorian				
Public sector employees	1,600	2,736	3,641	4,238
Share of total labor force	7.6	13.7	16.5	18.1

Quelle: Micossi and Tullio (1991)

Arbeitslosigkeit. In der Tat haben wir in Italien derzeit 12% Arbeitslosigkeit, das ist sehr viel. Aber wir haben 20% in Süditalien und nur 7% in Zentral- und Norditalien. Die Wirtschaft von Zentral- und Norditalien ist sehr ähnlich wie die deutsche Wirtschaft. Die Industrie ist sehr entwickelt, das Bruttosozialprodukt pro Kopf ist sehr ähnlich dem deutschen Niveau. Es ist nur der Süden, der ganz verschieden ist.

4. Es gibt direkte Wirkungen der sozialen Ausgaben auf die Arbeitslosigkeit im Süden, d.h. die Arbeitslosigkeit im Süden ist vor allem durch den Wirtschaftszyklus erklärt und durch die sozialen Ausgaben, die nach Süden gehen. Unter sozialen Ausgaben verstehe ich nicht nur Arbeitslosengeld, ich meine auch Geld für die Krankenversicherung, Rentenversicherung und die Ausgaben für die Spitäler. Wir haben alle diese sozialen Ausgaben für Italien regional disaggregiert und diejenigen ermittelt, die nach Süden gehen. Die Entwicklung dieser Ausgaben erklärt fast allein die große Steigung der Arbeitslosigkeit in Süditalien.

   Dieser Entwicklung liegt ein „problem of moral hazard"zugrunde. Wir haben festgestellt, daß die Wirkungen der sozialen Ausgaben sich nicht sofort zeigen, sondern mit einer Verspätung von zwei bis drei Jahren. Die Menschen glauben fast an eine „permanent income hypothesis". Wenn das Geld in die Familie kommt (die Familie ist sehr wichtig in Süditalien), dann steigen sie nicht sofort aus dem Arbeitsmarkt heraus, sondern erst, nachdem sich diese Transfers im Lauf der Jahre bestätigen. Das scheint eine sehr vorsichtige Verhaltensweise zu sein.

4.4 Einige Zahlen zu wirtschaftsgeographischen Ungleichgewichten in Italien

Jetzt will ich Ihnen schnell einige Zahlen über Italien zeigen [1].

Zunächst einige Zahlen zu ganz Italien. In Tabelle 1 auf S. 23 ist das Wachstum der italienischen Staatsausgaben, der Steuereinnahmen und der Schulden zusammengefaßt.

Die gesamten Ausgaben sind vom Jahre 1960 bis zum Jahre 1990 um 22 Punkte (im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt) gestiegen, also von 30,7% auf 52,3%, das ist eine sehr große Steigerung, wovon fast alles Ausgaben für Löhne, Transfers für Familien und die Erhöhung der Zinszahlungen auf die Staatsschulden waren. Die Staatseinnahmen sind von 30% im Jahr 1960 auf

[1] Diese Zahlen sind aus einer Arbeit, die ich zusammen mit Stefano Micossi geschrieben habe: Fiscal imbalances, economic distortions, and the long run growth of the Italian economy", August 1991

Tabelle 2: Veränderungen der Finanzlage der Regierung und deren wichtigste Einflußfaktoren in den größeren EWG-Ländern
(in Prozent des Bruttosozialproduktes)

		Italy	Prance (a)	Germany (a)	UK (a)
Government debt	1980	58.5	37.3	32.5	54.6
	1989	98.4	46.9	43.1	38.6
	change	39.9	9.6	10.6	-16.0
Net borroving	1979	9.6	0.8	2.6	3.2
	1989	10.2	1.5	-0.2	-0.9
	change	0.6	0.7	-2.8	-4.1
Current revenues	1979	31.5	42.7	44.4	38.0
	1989	41.7	46.5	44.6	39.1
	change	10.2	3.8	0.2	1.1
Total spending	1979	41.2	45.0	47.6	42.7
	1989	52.3	49.6	44.8	39.5
	change	11.1	4.6	-2.8	-3.2
Spending net of interest	1979	36.2	43.6	45.9	38.3
	1989	43.2	46.9	42.2	35.8
	change	7.0	3.3	-3.7	-2.5
Government consumption	1979	14.4	17.6	19.6	19.7
	1989	16.8	18.3	18.6	19.6
	change	2.4	0.7	-1.0	-0.1
Social security and pers. tranfers	1979	14.8	20.4	19.8	12.9
	1989	18.6	23.5	18.0	13.2
	change	3.8	3.1	-0.8	0.3

Quelle: OECD und, für Italien, Nationale Gesamtrechnung. (a) Schätzungen der OECD

43% im Jahre 1990 gestiegen, also um viel weniger und das erklärt auch, warum die Defizite von 1% im Jahre 1960 auf 11,5% im Jahre 1990 gestiegen sind. Die Schulden waren nur 31% des Bruttosozialproduktes im Jahre 1960 und sind auf über 100% gestiegen. Jetzt sind die Staatsschulden in Italien höher als das Bruttosozialprodukt. Es ist übrigens das dritte Mal in der Geschichte Italiens, also ab 1861, daß die Staatsschulden über 100% steigen.

Die letzte Episode scheint also nicht eine Ausnahme zu sein. Die Geschichte scheint sich zu wiederholen.

Ich bin in den 50er Jahren aufgewachsen, und ich dachte, Italien sei immer so: relativ stabil und ohne große Ungleichgewichte. Aber die 50er Jahre waren ganz besonders, damals war Italien wie Deutschland. Wir hatten ein sehr starkes Wirtschaftswachstum. Die Staatsverwaltung war relativ gut, die Steuern waren nicht zu hoch, die Lohnforderungen waren nicht hoch. Es hat damals alles funktioniert, aber das war eine Ausnahme. Jetzt sind wir zurück zum normalen Zustand gekommen, auch was das Wachstum anbetrifft.

In Tabelle 2 auf S. 25 vergleiche ich die Entwicklung der Staatsausgaben in Italien und auch der Schulden mit der Entwicklung in den anderen vier größten Ländern der Europäischen Gemeinschaft in den 80er Jahren. Da kann man sehen, daß das Verhältnis zwischen Schulden und Bruttosozialprodukt um 40 Punkte in Italien gestiegen ist. In den anderen Ländern ist es viel weniger gestiegen, und in England ist es gesunken. Die Einnahmen des Staates sind in Italien fast so hoch, wie in den meisten anderen Ländern und höher als in England.

Aber was die Staatsausgaben anbetrifft, ist Italien dasjenige Land, dessen Verhältnis zum Bruttosozialprodukt das höchste ist. Und all das bei einer Qualität der öffentlichen Ausgaben und bei einer Arbeitsproduktivität der öffentlichen Hand, die viel niedriger ist.

In Tabelle 3 auf S. 27 sind Zahlen zur Produktivität einiger öffentlicher Betriebe angegeben: Da können Sie sehen, daß außer der Produktivität im Elektrizitätsbereich - und auch zum Teil, was die Telekommunikation anbelangt - die Arbeitsproduktivität in allen Ländern viel mehr gestiegen ist seit den 70er Jahren als in Italien, z.B. die Eisenbahnen. Ich glaube, es sieht noch schlimmer aus in den öffentlichen Dienstleistungen im engen Sinne, ich meine z.B. die Verwaltung und die Justiz. Jetzt zu den Ungleichgewichten zwischen

Tabelle 3: Arbeitsproduktivität in ausgewählten Dienstleistungsbereichen: Internationale Vergleichszahlen
(Indexzahlen 1970 = 100)

Services/Countries	1970	1980	1985
Electricity (1)			
- Italy	100.0	159.6	183.8
- France	100.0	172.4	201.6
- United Kingdom	100.0	137.0	174.7
Railways (2)			
- Italy	100.0	102.1	102.9
- France	100.0	132.2	131.4
- Germany	100.0	116.9	122.3
- Spain	100.0	126.4	140.5
Airlines (3)			
- Alitalia	100.0	132.7	161.1
- Air France	100.0	246.7	299.0
- British Airways	100.0	223.3	337.7
- Japan Airlines	100.0	252.2	362.3
- 16 companies	100.0	182.6	232.1
Postal services (4)			
- Italy	100.0	92.6	91.8
- France	100.0	88.2	90.9
- United Kingdom	100.0	94.3	112.9
- Germany	100.0	102.5	107.7
Telecommunications (5)			
- Italy	100.0	117.7	140.6
- France	100.0	128.0	178.9
- United Kingdom	100.0	107.8	138.5
- Germany	100.0	119.3	151.3

Quelle: NOMISMA, La produttività in Italia, Bd.1, Rapporto al CNEL, Edizioni Il Sole-24 Ore, 1987, p.133 (1) Energieproduktion pro Beschäftigen. (2) Tonnen per km und tatsächlich transportierte Passagiere per km. (4) Anfangsjahr 1975, Endjahr 1984. (5) Telephonanrufe pro Beschäftigten; Anfangsjahr 1977, Endjahr 1984

Norden und Süden (siehe Tabelle 4 auf Seite 29): Ich war selber erstaunt, als ich diese Zahlen sah. Ich wußte, daß da Ungleichgewichte bestanden, aber ich dachte nie, sie seien so groß. Das Defizit der Leistungsbilanz des Südens beträgt mehr als 20% des Bruttosozialproduktes des Südens. Es gibt kein Land in der Welt, das so ein hohes Defizit in der Leistungsbilanz hat wie Süditalien. Die Einkommen im Süden sind über 20% höher als das Bruttosozialprodukt des Südens, also die Transfers, die der Staat macht, indem er den Norden besteuert und das Geld nach Süden gehen läßt, sind unheimlich.

Man kann diesen Zahlen entnehmen: die laufenden Ausgaben des Staates betrugen im Jahre 1988 im Mezzogiorno 65% des Bruttosozialproduktes, gegenüber 42% im Rest des Landes (siehe jeweils Spalte (b)). Die Einnahmen des Staates waren nur 38% des BSP im Süden gegenüber 43% in den zentralen und nördlichen Landesteilen. Die Defizite der öffentlichen Haushalte im Süden waren 35% des BSP! Die Produktivität des Kapitals im Süden ist nur die Hälfte der Produktivität des Kapitals im Rest des Landes. Ich glaube, daß, wenn man z.B. 100 Mio. DM Investitionen im Süden macht und dann noch alles abzieht, was in die Taschen von einigen Leuten gehen muß (Politiker und organisierte Kriminalität), dann bleibt ziemlich wenig übrig.

Schließlich zeigt Tabelle 5 auf Seite 30: erstens, daß in den letzten Jahren (1985-88) das Wachstum im Süden viel geringer war als das Wachstum im Rest des Landes, und zweitens, daß das Verhältnis Staatsausgaben/Staatseinnahmen im Süden 1,5 betrug, während es im Rest des Landes nur den Wert 0,9 erreichte. Dieses Verhältnis bezieht sich auf das Jahr 1985.

Es ist auf der Grundlage solcher Daten, daß ich glaube, daß in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion der Druck von außen sehr wichtig ist. Was in Süditalien abläuft, muß aufhören.

Tabelle 4: Die wichtigsten Komponenten der Finanzen des öffentlichen Sektors und ihre regionale Verteilung in Italien (1988)

	Mezzogiorno			Centre-North			Italy		
	(a)	(b)	(c)	(a)	(b)	(c)	(a)	(b)	(c)
Total spending	9.2	73	34	10.4	46	66	10.0	53	100
Current spending	8.2	65	33	9.4	42	67	9.0	48	100
personnel	3.2	25	44	2.3	10	56	2.6	14	100
welfare	3.0	24	34	3.4	15	66	3.2	17	100
contrib. to prod. activities	0.3	3	40	0.3	1	60	0.3	2	100
interest payments	0.5	4	11	2.2	10	89	1.6	8	100
Capital spending	1.0	8	39	0.9	4	61	1.0	5	100
public investments	0.8	6	35	0.8	4	65	0.8	4	100
investment subsidies	0.3	2	53	0.1	1	47	0.2	1	100
Total revenues	4.8	38	22	9.7	43	78	7.9	42	100
direct taxation	1.4	11	20	3.2	14	80	2.6	14	100
indirect taxation	1.5	12	29	2.1	10	71	1.9	10	100
social security contributions	1.1	9	16	3.5	15	84	2.6	14	100
Total balance	-4.4	-35	78	-0.7	-3	22	-2.1	-11	100
Primary balance (1)	-4.0	-31	296	1.5	8	-196	-0.5	-3	100
Current balance	-3.5	-27	110	0.2	1	-10	-1.1	-6	100

Quelle: Scandizzo (1991) und ISTAT. (a) Laufende Werte (Millionen Lire) pro Kopf. (b) Prozentanteil am Bruttoinlandsprodukt; (c) Prozentanteil am nationalen Gesamtwert. (1) Gesamtsaldo ohne Zinssahlungen.

Tabelle 5: Wachstum, Einkommen und Verteilungswirkung des öffentlichen Sektors in Italien nach Regionen

	Mezzogiorno	Zentrum-Norden	Italien
	jährliche Wachstumsraten in Prozent		
BIP			
1964-73	4,8	4,8	4,8
1974-84	2,0	2,0	2,0
1985-88	2,2	3,7	3,3
BIP pro Kopf			
1964-73	4,4	3,9	4,0
1974-84	1,4	1,7	1,6
1985-88	1,5	3,8	3,1
BIP pro Kopf	Indexwerte (Italien = 100)		
1970-73	68,9	116,8	100
1985-87	68,7	117,7	100
Einkommen pro Kopf (1985)			
und Nettotransfer vom öffentlichen Sektor			
vor Nettotransfer	73	114	100
nach Nettotransfer	84	109	100
Infrastrukturen (1987)			
wirtschaftlich	53	121	100
sozial	62	117	100
insgesamt	58	119	100
Öffentliche Ausgaben/öffentliche Einnahmen (pro Kopf)			
1971	140	90	100
1985	150	90	100
Sozialausgaben pro Kopf			
1971	80	111	100
1985	84	109	100
Einnahmen pro Kopf			
1971	55	124	100
1985	57	125	100

Quelle: Wolleb und Wolleb (1990), ISTAT und SVIMEZ, CONFINDUSTRIA.

Kapitel 5

Vorteile der Währungsunion

Ich komme jetzt zurück zu einem Aspekt, den ich vorher schon über die Deutschen gesagt habe: Daß sie eigentlich ein bißchen Angst haben, die Mark und die Deutsche Bundesbank aufzugeben für etwas, was sie noch nicht kennen.

5.1 Der besondere Vorteil einer unabhängigen europäischen Zentralbank

Ich glaube, der besondere Vorteil der Währungsunion ist folgender: Wenn die Zentralbank, die geschaffen werden muß, sehr unabhängig ist von der Regierung - also von den zwölf Regierungen, vom Europäischen Parlament und von der Europäischen Kommission - , dann kann eine niedrige Inflation in Europa garantiert werden. Aber nur, wenn diese Zentralbank 100%ig unabhängig ist!

Alesina hat folgende Studie gemacht: Er hat die durchschnittliche Inflation in den Industrieländern dargestellt und dann den Grad der Unabhängigkeit der Zentralbanken gemäß der jeweiligen Zentralbankstatuten gemessen. Dann hat er ein „ranking" der Zentralbanken gemacht aufgrund des Grades ihrer Unabhängigkeit (siehe Kasten auf Seite 33). Dort erscheint auf der x-Achse weit rechts die Deutsche Bundesbank und die Schweizerische Nationalbank. Näher zum Achsenursprung hin kommen dann andere Länder: Amerika, England usw. Die Länder Italien, Griechenland und Portugal sind ganz nahe am Ursprung. Alesina hat schließlich herausgefunden, daß in jenen Ländern, wo der Grad der Unabhängigkeit am größten war, die Inflation im Durchschnitt am niedrigsten war.

Aufgrund dieser Studie können wir sagen, daß die Zentralbank, die man schaffen will, sehr unabhängig sein muß. Wenn sie wirklich unabhängig sein wird, dann wird die Inflation in Europa niedrig sein. Wenn wir eine weniger unabhängige Zentralbank schaffen, dann wird die Gefahr von Inflation zu hoch

sein. Das wollen wir natürlich nicht.

Man kann übrigens den durchschnittlichen Grad der Unabhängigkeit der jetzigen europäischen Zentralbanken ausrechnen, indem man als Gewichte die Bruttosozialprodukte dieser Länder anwendet. Man hat bewiesen - und es ist intuitiv relativ gut einsichtig -, daß auch, wenn man eine Zentralbank schafft, die nur einen Grad von Unabhängigkeit hätte, der gleich dem jetzigen Durchschnitt wäre, die Inflation dennoch niedriger sein wird, als sie es mit den jetzigen 12 Zentralbanken und Währungen gewesen wäre.

Warum?

Wir haben zwölf Länder in Europa und wir werden auch zwölf Regierungen haben, nachdem diese Währungsunion zustande gekommen ist. Und wenn man nur *eine* Zentralbank hat, zwölf Regierungen, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission, dann ist der Einfluß, den jede der zwölf Regierungen auf die Europäische Zentralbank ausüben kann, viel geringer als der Einfluß einer Regierung auf die eigene Zentralbank.

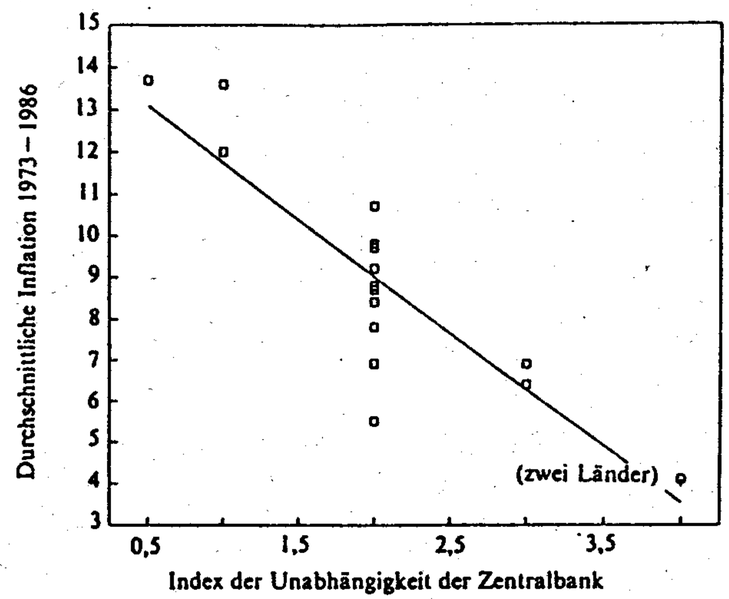
Wenn dagegen die Interaktion zwischen Zentralbank und Regierung ein Spiel zu zweit ist und wenn es der Wirtschaft gerade nicht gut geht und die Regierung will, daß die Zinssätze niedriger werden, dann übt sie einen großen Druck auf die Zentralbank aus. Aber wenn wir zwölf Regierungen haben, dann noch zwei europäische Institutionen dazu und nur eine Zentralbank, in der jedes Land nur eine Stimme hat, dann müssen mehr als die Hälfte dafür sein, daß man einen Druck ausübt.

Die Wahrscheinlichkeit, daß sechs oder sieben von zwölf Ländern Druck ausüben wollen, ist sehr gering. Auch wenn wir eine schlechte Zentralbank schaffen würden, dann wäre trotzdem die durchschnittliche Inflationsrate in Europa niedriger.

Natürlich ist dieser besondere Vorteil der Währungsunion größer für Länder wie Italien und Frankreich als für Deutschland, das ist klar, weil Deutschland schon jetzt eine unabhängige Zentralbank hat. Aber trotzdem: Ich habe versucht, Ihnen zu erklären, daß jetzt in Deutschland die Inflation eine gewisse Gefahr darstellt, und zwar nicht nur wegen der Wiedervereinigung und der Währungsunion zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern auch wegen der Tatsache, daß die Kapitalverkehrskontrollen abgeschafft worden sind.

Um kurz zu wiederholen: wenn das Kapital sich von Deutschland nach Italien und Frankreich bewegt, weil dort die Zinssätze höher sind, dann wächst die Geldmenge in Europa ein bißchen mehr, als sie sonst wachsen würde und vielleicht hängt die deutsche Inflation jetzt auch ein bißchen von der europäischen Geldmenge ab.

Kasten 1: Inflation und Unabhängigkeit der Zentralbank



Quelle: Ausführungen bei Alesina (1989).
Regressionsergebnis: Unabhängigkeit = 4,6 + 0,29 Inflation
(−7,50)
T-Statistik in Klammern; R^2 = 0,79; 15 Freiheitsgrade.

Bei Alesina (1989) werden die Zentralbanken in eine Skala eingeordnet, die von der am wenigsten unabhängigen Stellung mit dem Wert 1/2 bis zur unabhängigsten Stellung mit dem Wert 4 reicht. Diese Klassifizierung, die sich auf Bade und Parkin (1985) und Masciandaro und Tabellini (1988) stützt, trägt verschiedenen institutionellen Merkmalen der einzelnen Zentralbanken Rechnung, wie zum Beispiel: der formellen institutionellen Beziehung zwischen Zentralbank und Exekutive (etwa: wer ernennt den Zentralbankchef, wie häufig sind diese Ernennungen, Vorhandensein von Regierungsbeamten am Direktorium der Zentralbank); dem Umfang der informellen Kontakte zwischen Exekutive und Zentralbank; dem Vorhandensein von Regeln, durch die die Zentralbank gezwungen wird, die Finanzpolitik automatisch zu akkomodieren (✱).

(✱) Die Einstufung in diesem Schaubild beruht auf der Situation Anfang der 80er Jahre (was in etwa dem Schlußpunkt des Zeitraums entspricht, für die die Durchschnittsinflation berechnet wurde). Der gegenwärtige Unabhängigkeitsgrad der Zentralbanken wird daher nicht dargestellt. Für Italien wird zum Beispiel die sogenannte „Scheidung" (zwischen Staatskasse und Banca d'Italia) nicht berücksichtigt, durch die die italienische Zentralbank 1985 der Verpflichtung enthoben wurde, die Finanzpolitik des Staates automatisch zu akkomodieren, was einer der erwähnten Parameter ist.

Entnommen aus: *Europäische Wirtschaft*, Heft 44, 1990, S.109

5.2 Senkung der Transaktionskosten und andere Vorteile

Es gibt noch andere Vorteile der Währungsunion, die ich nur ganz kurz erwähnen möchte:

- Es gibt Transaktionskosten, die man zahlen muß, wenn man eine Währung in eine andere wechselt. Sie sind alle in anderen Ländern gewesen, wenn man nach Frankreich geht, muß man in französichen Francs zahlen, und diese Transaktionskosten sind sehr hoch für Banknoten, also für Touristen. Sie sind geringer für deutsche Unternehmen, die in Frankreich Kapitalgüter kaufen wollen, weil auf große Summen und auf Banktransfers die Transaktionskosten viel niedriger sind, aber die sind immer da. Und die EG-Kommission hat errechnet, daß für einige Länder diese Transaktionskosten bis auf 1% des Bruttosozialproduktes gehen können, d.h. jedes Jahr wird 1% des Bruttosozialproduktes verschwendet, nur um Währungen zu wechseln. Das wird natürlich verschwinden, wenn man eine einzige Währung hat.

- Sie wissen, daß die meisten Rohstoffpreise in Dollar ausgewiesen werden. D.h., wenn der Dollar steigt, dann steigen die Preise der Importe von Rohstoffen in Europa. D.h. also, daß die europäische Wirtschaft von den Schwankungen des Dollar beeinflußt ist, weil die Rohstoffpreise steigen oder sinken. Damit ist die europäische Wirtschaft weniger stabil, als sie sein könnte, wenn alle Rohstoffe in einer gemeinsamen europäischen Währung quotiert wären. Dann wären solche Dollar-Schocks kein Thema. Wenn die Rohstoffe in ECU oder in DM quotiert sind, dann haben die Schwankungen der DM gegenüber dem Dollar keine Wirkungen auf diese Preise.

  Aber beachten Sie bitte, ich rede hier von *Stabilität*, also nicht davon, daß es in manchen Jahren besser sein könnte, wenn diese Preise in einer fremden Währung quotiert wären, denn der Dollar kann sowohl steigen, als auch sinken und, wenn er sinkt, dann verdienen wir, wenn er steigt, dann verlieren wir. Deswegen betone ich, daß ich von Stabilität rede und nicht von Gewinnen oder Verlusten. Ich glaube, wenn es eine gemeinsame Währung gäbe, dann wären viele Rohstoffe in dieser gemeinsamen europäischen Währung quotiert und nicht mehr in Dollar.

- Das System der Preise wird effizienter, wenn nur eine Währung da ist. Jetzt sind Volkswagenautos in zwölf Währungen in Europa quotiert. Wenn nur eine Währung da ist, wird nur ein Preis da sein, und man

kann die Politik der "discriminating monopoly" der großen europäischen Unternehmen besser sehen. Jetzt ist der Preis z.B. in Italien verschieden vom Preis in Deutschland, abgesehen von den Steuern. Die Preise in Belgien sind viel niedriger als in den anderen Ländern. Wenn eine einzige Währung da ist, dann sieht man diese Preisunterschiede viel besser, vor allem wenn auch zur gleichen Zeit die Europäische Gemeinschaft die Unterschiede der Mehrwertsteuersätze auf diese Güter verringert.

- Einer der größten Vorteile des Binnenmarktes ist die Integration der Finanzmärkte. Wenn es nur eine einzige Währung gibt, dann ist dieser Vorteil größer, weil die Konkurrenz zwischen den Banksystemen viel größer ist. Wenn beispielsweise in Frankreich der französische Franc bleibt, dann wird sich das französische Banksystem unterscheiden vom deutschen schon allein aufgrund der unterschiedlichen Währungen. Würde dieser Unterschied verschwinden, dann wäre die Konkurrenz zwischen den Banksystemen größer und damit wäre der Vorteil des Binnenmarktes in Finanzdiensten größer.

- Viele Länder, die um Europa sind und die nicht sofort in die Währungsunion kommen werden, wie z.B. die Länder von Nordafrika oder vom Nahen Osten, werden vielleicht diese europäische Währung in ihre Währungsreserve aufnehmen. Zudem wird die europäische Währung zum Teil den Dollar als Zahlungsmittel in diesen Ländern ersetzen, d.h. wir können dadurch, daß wir Geld schaffen, das sie verwenden, einen Gewinn haben. Dieser Vorteil wäre relativ klein, aber er wird sicher auch eine gewisse Rolle spielen.

5.3 Eine Sicht aus der Wirtschaft

ERNST und YOUNG haben für die Europäische Kommission eine Umfrage durchgeführt. Man hat die Chefs von Unternehmen gefragt: Was haltet ihr vom Binnenmarkt? Schätzt ihr den Binnenmarkt positiv, sehr positiv oder negativ ein? Dabei hat man folgendes festgestellt:

Tabelle 5.2: Binnenmarkt und Währungsunion - Resultate einer Unternehmerbefragung

Szenario	Beurteilung		Summe
	sehr positiv	positiv	
Binnenmarkt 1992	15%	65%	80%
Binnenmarkt und Währungsunion	49%	38%	87%

Wenn wir die Summe von positiv und sehr positiv sehen, dann ist die Summe 80% für den Binnenmarkt und 87% für den Fall, daß die Verwirklichung des Binnenmarktes auch mit einer Währungsunion einhergeht. Aber vor allem bemerkenswert ist, daß die Bewertung „sehr positiv" von 15% *ohne* Währungsunion auf 49% *mit* Verwirklichung der Währungsunion steigt.

Es wird aus dieser Studie klar, daß wenigstens im Kopf von vielen Unternehmern die Währungsunion doch irgendwie den Binnenmarkt stärken wird.

Literaturverzeichnis

Alesina, A. (1989): Political and business cycles in industrial democracies *Economic Policy* 8, pp 57-89

Bade, R. and Parkin, M. (1985): Central bank laws and monetary policy, unpublished

Bekx, P. and Tullio, G. (1989): "A note on the European monetary system and the determination of the DM-Dollar exchange rate" *Cahiers économiques de Bruxelles* , No. 123, pp. 329-343

Giavazzi, F. and Giovannini, A. (1989): *Limiting Exchange Rate Flexibility. The European Monetary System* London, England and Cambridge, Mass.: The MIT Press

Masciandaro, D. and Tabellini, G. (1988): "Fiscal deficits and monetary institutions: a comparative analysis", in: Cheng, H. (ed.): *Challenges to monetary policy in the Pacific Basin countries*, Kluwer Publishers

Micossi, S. and Tullio, G. (1991): Fiscal imbalances, economic distortions and the long-run growth of the Italian economy, August 1991

Nomisma (1987): *La produttività in Italia*, Bd.1, Rapporto al CNFL, Edizioni Il sole - 24 ore, 1987

Russo, M. and Tullio, G. (1987): *Monetary Coordination Within the European Monetary System: Is there a Rule?*, Cambridge University Press

Scandizzo, P.L. (1991): "I trasferimenti pubblici e la loro distribuzione sul territorio in Italia", ISPE, p.82-149, February

Ungerer, H.; Evans, O.; Mayer, T.; Young, P. (1986): The European Monetary System: recent developments, Occasional Papers, No.48, IMF, Washington, D.C., Dec.1986

Wolleb,E.; Wolleb,G. (1990): Divari regionali e dualismo economico, Il Mulino

Europäische Kommission (1990): *Europäische Wirtschaft*, Heft 44